westlichen Zonen Deutschlands und bei der Bildung der Bundesrepublik gespielt hat."

In der Endfassung hieß diese Stelle weniger emphatisch: „Die Rolle, die mein Land bei der Vereinigung der drei westlichen Zonen Deutschlands nach dem Krieg und bei der Bildung der Bundesrepublik gespielt hat, brachte das positive Interesse zum Ausdruck, welches wir an der Zukunft Deutschlands nehmen."

Englands Interesse an der deutschen Frage war zunächst so formuliert worden: „Wir verstehen und unterstützen den Wunsch des deutschen Volkes, die Einheit seines Landes als Ganzes wiederhergestellt zu sehen." Später etwas kraftvoller: „Wir begreifen und wir unterstützen das Verlangen des deutschen Volkes nach der Wiedervereinigung seines Landes."

Über die verwandtschaftlichen Beziehungen des britischen Herrscherpaares zu deutschen Häusern hatten im Entwurf die Sätze gestanden: „Diese Bindungen sind für mich von besonderer Bedeutung. Meine familiären Beziehungen zu dem alten Deutschland reichen viele Generationen in die Vergangenheit zurück. Prinzessin Elisabeth, die *Tochter* König Karls I., heiratete den Kurfürsten von der Pfalz und wurde die Großmutter meines Ahnherrn König Georg I."

Bis zur Staatsvisite kamen die Hofhistoriker endlich dahinter, daß Elisabeth von der Pfalz die Schwester, nicht die Tochter Karls I. gewesen war: „Die Verbindung zwischen meinem Haus und den alten deutschen Staaten reicht in der Tat viele Generationen zurück. Elisabeth, die *Schwester* Karls I., vermählte sich mit dem Kurfürsten von der Pfalz und war die Großmutter meines Vorfahren König Georg I."

Nach dem Entwurf hatte sich Elisabeth von England durch ihre deutsche Familienherkunft zu der Hoffnung inspirieren lassen sollen: „Der Gedanke, daß die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern heute wieder auf einen ähnlichen Stand wie in jenen Tagen gebracht worden sind, erfüllt uns beide (die Königin und den Prinzgemahl) mit großer Freude. Dieser Ihr Besuch, Herr Präsident, den wir mit so großem Vergnügen vorbereitet haben, ist ein Zeichen dafür, daß unsere Freundschaft erneut gedeihen kann. Ich bin überzeugt, daß dies der heiße Wunsch unserer beiden Völker ist."

In der Rede dagegen schloß die Königin unmittelbar an die Familiengeschichte die leise Mahnung an, daß die Deutschen auf der englischen Insel noch nicht von bedingungsloser Liebe umhegt seien: „Wie Sie selbst gesagt haben, sind gewisse Taten und Ereignisse, die sich in der Spanne unserer eigenen Erinnerung in Europa zugetragen haben, durch nichts auszulöschen. Aber ihre wichtigste Bedeutung liegt heute darin, daß sie als Warnung und mahnendes Beispiel dafür dienen, was geschehen kann, wenn die Demokratie zusammenbricht. Lassen Sie uns in diesem Geist jetzt zusammenarbeiten, damit wieder wahre Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern herrsche."

Mit derart kühlen Zwischentönen gab die Queen für Ressentiments die Passage frei, die Englands Zeitungen erwartungsgemäß benutzten. Aber das königliche Siegel unter dem deutsch-englischen Bund wurde respektiert — wenn auch nicht ohne Einwände, die indes gegen den unzensierten Rede-Entwurf bei weitem schärfer ausgefallen wären.

Überschrieb das Massenblatt „Daily Sketch" seinen Bericht über die Visite des Bundespräsidenten mit der eher leutseligen als wohlwollenden Schlagzeile: „Okay, Fritz, du bist aus der Hundehütte heraus."

AUSWÄRTIGES AMT

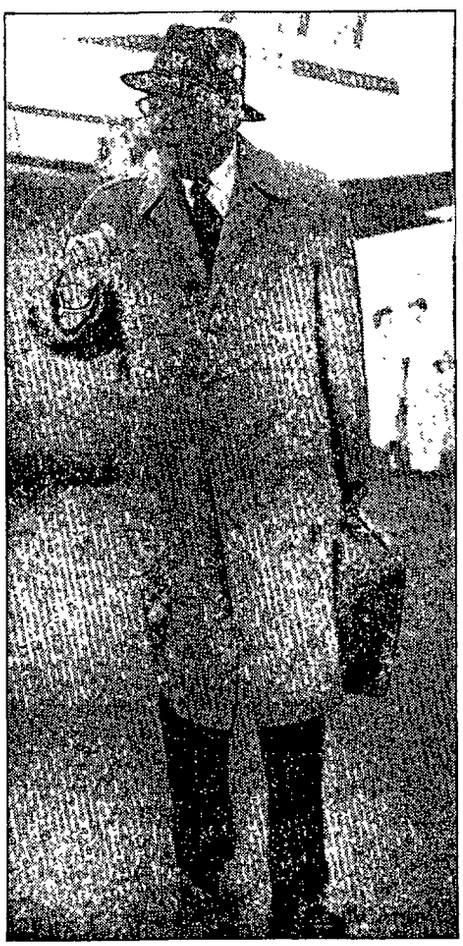
Der Zeuge

Die Richter des Arbeitsgerichts Bonn werden sich demnächst der delikaten Aufgabe gegenübersehen, eine Entscheidung des Bundesaußenministers Heinrich von Brentano zu überprüfen, der es unlängst für geraten hielt, ein Mitglied seiner Behörde mit Schimpf und Schande fristlos hinauszuwerfen: den 64jährigen Konsul zur Wiederverwendung Dr. Hans von Saucken, bis zum Hinauswurf Angestellter beim Deutschen Generalkonsulat in New York.

Dem Konsul von Saucken, der mit Hilfe des Anwalts Fabian von Schlabrendorff („Offiziere gegen Hitler") seine Exmittierung rückgängig zu machen hofft, wird vorgeworfen, er habe den Uno-Korrespondenten der „Neuen Zürcher Zeitung" (NZZ), Dr. Max Beer, einen „dreckigen Juden" genannt. Saucken bestreitet das, und wenn man die üblichen Grundsätze der Beweiswürdigung gelten läßt, so bleiben in der Tat einige Zweifel an der Berechtigung des Vorwurfs.

Der Mitteilung des Außenamtes über Sauckens Hinauswurf ist allerdings nicht zu entnehmen, daß der Bericht über Sauckens fatalen Ausspruch auch nur im mindesten zweifelhaft sei. Im Gegenteil: „Aufgrund der klaren und eindeutigen Erklärungen des Hauptzeugen", so hieß es da, müsse angenommen werden, daß die beanstandete Äußerung tatsachlich gefallen sei. Und weiter: Sauckens Verhalten verrate „eine Geisteshaltung, für die im deutschen Volk kein Platz mehr ist".

Was das Außenamt als „klar und eindeutig" bezeichnete und zur Grundlage seiner Entscheidung machte, sind die Aussagen eines Schriftstellers namens Dr. Richard Peters, der in New York dem Deutschen Presseclub vorsteht, an der deutschsprachigen „New Yorker Staatszeitung und Herold" mitarbeitet und nach eigenem Eingeständnis mancherlei Bedrängnissen ausgesetzt ist.



Entlassener Konsul von Saucken
Hat er oder hat er nicht?

Peters hatte sich schon seit langem damit gebrüstet, daß er Material gegen den bundesrepublikanischen Botschafter Gebhardt von Walther besitze. Peters behauptete, Walther — ehemals deutscher Geschäftsträger in Ankara — habe ihn Ende des Krieges in der Türkei an die Gestapo ausliefern wollen.

Als im Sommer dieses Jahres in New York bekannt wurde, daß Außenminister von Brentano den Botschafter von Walther an die Uno versetzen wolle, versuchte Peters, sein Material an den Mann zu bringen.

Er fand alsbald einen Abnehmer: den NZZ-Korrespondenten Dr. Beer, dessen Familie durch Hitlers Judenverfolgung schwer zu leiden hatte und der schon bei früheren Gelegenheiten dafür gesorgt hatte, daß New York von „Nazi-Diplomaten" verschont bleibt. Als zum Beispiel vor einigen Jahren der Botschafter Peter Pfeiffer, heute Inspekteur des Auswärtigen Dienstes, deutscher Uno-Botschafter werden sollte, hatte Beer seine vom Auswärtigen Amt nicht geteilten Bedenken laut und vernehmlich geäußert. Um die verständlichen Gefühle der jüdischen Emigranten zu schonen und eine Pressekampagne zu vermeiden, wurde Pfeiffer denn auch nicht nach Amerika geschickt.

Dieser Dr. Beer, der in Amerika und bei der Uno großes Ansehen genießt, nahm also dem Dr. Peters das Material gegen Walther bereitwillig ab und ging zu dem deutschen Generalkonsul Reifferscheidt, dem er erklärte, er — Beer — werde nicht dulden, daß von Walther nach New York komme.

Das genügte: Obwohl sich das Material gegen Walther bei näherem Zusehen als nicht stichhaltig erwies; weil es sich nur auf Zuträgereien von dritter und vierter Seite bezog, erhielt Walther den Uno-Posten nicht; er residiert heute in Rio de Janeiro.

Von diesen Vorgängen hatte auch der Konsul von Saucken erfahren, der am Generalkonsulat in der Rechtsabteilung Wiedergutmachungs-Angelegenheiten bearbeitete und dabei vielen Juden half, die sich heute für ihn einsetzen. Als Saucken am 12. April gelegentlich einer Cocktail-Party den ihm gut bekannten Dr. Peters traf, nutzte er die Gelegenheit, um sich Gewißheit über die Walther-Affäre zu verschaffen. Er zog Peters beiseite und fragte ihn unter vier Augen, ob er wirklich die Unterlagen über von Walther dem Dr. Beer ausgehändigt habe, dessen Urteil in solchen Sachen doch von Gefühlen getrübt sei. Peters bejahte.

Saucken, der trotz jahrzehntelangen Wirkens auf diplomatischem Parkett seinen schnarrenden Gardeoffizierston nicht abgelegt hat, machte Peters schwere Vorwürfe und wandte sich dann brüsk ab. Wenig später traf er seine Frau, die ihm berichtete, sie habe gerade ein Abendessen mit Frau Peters verabredet. Saucken antwortete barsch: „Zu dem widerlichen Kerl gehe ich nicht mehr hin", wandte sich um — und sah sich dem „widerlichen Kerl" gegenüber, der zufällig hinter ihm gestanden hatte und die höchst undiplomatische Bemerkung gehört haben mußte.

Bei der nächstbesten Gelegenheit erzählte Peters dann dem Beer und weiteren Bekannten, daß ein deutscher Beamter ihn wegen der Weitergabe des Walther-Mate-

rials „dreckigen Juden" genannt habe. Den Namen des Beamten nannte Peters allerdings nicht.

Beer beschwerte sich daraufhin in einem wütenden Brief bei dem deutschen Uno-Botschafter Broich-Oppert, der zu jener Zeit zwar schon als neuer Personalchef des Außenamtes amtierte, wegen der Nahost-Krise aber noch einmal auf seinen New Yorker Posten zurückgekehrt war. Beer verlangte Aufklärung und Genugtuung.

Der vielbeschäftigte Broich versäumte es nun, Beer unverzüglich zu antworten, was den beleidigten Journalisten veranlaßte, sich klageführend an Theodor Heuss zu wenden und gleichzeitig das ihm im letzten Jahr verliehene Bundesverdienstkreuz an Botschafter Broich-Oppert zurückzureichen. Schrieb Beer an Broich: „Ich bin schwer beleidigt worden, und Sie haben mir nicht geantwortet. Deshalb kann ich mich nicht länger an das Ihnen gegebene Versprechen halten, das Material gegen von Walther nicht zu benutzen."

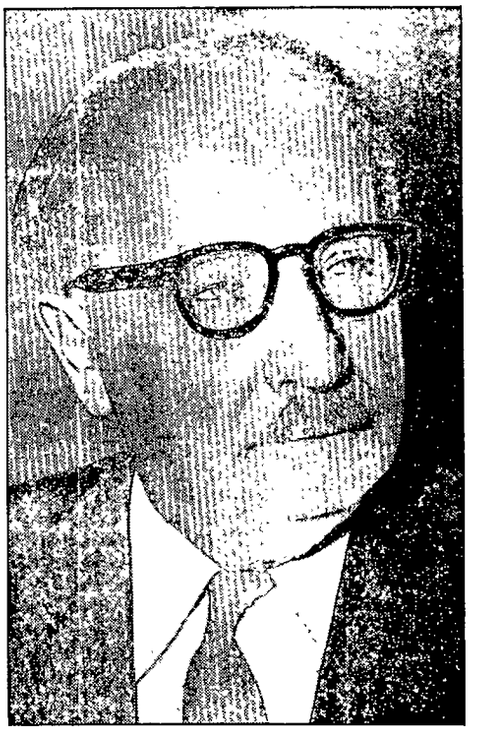
Bundespräsident Heuss war empört und verlangte vom Auswärtigen Amt, daß alle Personen, die in die Affäre verwickelt seien, unverzüglich aus New York verschwinden müßten — ob schuldig oder nicht. Ob dieser rasche Entschluß des Bundespräsidenten richtig war, darüber sind allerdings in New York die Meinungen durchaus geteilt. Es gibt Zeugen, die gehört haben wollen, daß Beer einmal gesagt hat: „Das Bundesverdienstkreuz nehme ich nur an, um es bei passender Gelegenheit dem deutschen Volk wieder vor die Füße zu werfen."

Außenminister von Brentano entsprach dem Wunsch des Bundespräsidenten zunächst nur in der Form, daß er eine strenge Untersuchung der Vorgänge um den widerwilligen Verdienstkreuzträger anordnete. Da Konsul von Saucken dem Botschafter Broich-Oppert bei einer Gartengesellschaft am 16. August über seinen Zusammenstoß mit Peters berichtet hatte, begann die Untersuchung bei Saucken. Broich-Oppert vermutete, daß die Bemerkung „dreckiger Jude" am ehesten im Verlaufe der Auseinandersetzung zwischen Saucken und Peters über das Walther-Material gefallen sein könnte, und beauftragte deshalb von Saucken, sein Gespräch mit Peters möglichst wortgetreu zu Protokoll zu geben.

Saucken setzte sich sofort mit Peters in Verbindung, der sich anfangs am Telephon verleugnen ließ, dann aber doch an den Apparat kam und die Unterhaltung mit den Worten begann: „Es ist eine schreckliche Geschichte passiert ..." Die beiden verabredeten sich für abends 23.30 Uhr in der Wohnung von Peters.

Zu mitternächtlicher Stunde gestand Peters dem Saucken unter vier Augen, er habe Beer den Ausdruck „dreckiger Jude" hinterbracht, obschon kein deutscher Beamter ihm gegenüber derartiges gesagt habe. Er bat Saucken um Verzeihung und erklärte sein Verhalten damit, daß er in großer Erregung gewesen sei und außerdem unter Föhn leide.

Im Beisein von Peters brachte Saucken zu Papier, was er seiner Erinnerung nach am 12. August zu dem Presseclubvorsitzenden gesagt hatte: „... Ich bedaure es sehr, Herr Dr. Peters, daß Sie nicht vorher (bevor Sie das Material an Dr. Beer gegeben haben) gesprochen haben, da wir uns doch seit vielen Jahren gut kennen. Eine Aussprache hätte Ihnen durchaus die Möglichkeit gegeben, andere Wege zu gehen, anstatt sich an den Herrn zu wenden, von dem man doch spricht, daß er seinen Einfluß und die Macht seiner Zeitung in einer anderen und immerhin ähnlich gelagerten Angelegenheit bereits geltend gemacht hätte.



Beleidigter Journalist **Beer**
Wer hat den Zeugen ...

„Ich fuhr fort: ‚So wird man es Ihnen zum Vorwurf machen, daß Sie gerade an den Herrn herangegangen sind.' Ich möchte besonders bemerken, daß nach meiner Erinnerung in diesem Gesprach in keiner Weise eine diskriminierende Bemerkung oder Äußerung gemacht wurde, insbesondere nicht gegen das Judentum."

Peters ergänzte diese Aufzeichnung mit dem Zusatz: „Die obige Darstellung entspricht vollkommen den Tatsachen. Der Fall, den ich bei dem an Dr. Beer gegebenen Material im Auge hatte und habe, erregt mich auch heute noch nach mehr als vierzehn Jahren derartig, daß ich emotionell Herrn Dr. Beer Worte gesagt habe, die ich ohne meine starke innere Erregung niemals gesagt haben würde."

New Yorker Generalkonsul **Reifferscheidt**
... unter Druck gesetzt?

Dieses von Saucken und Peters unterzeichnete Dokument übergab der Konsul am nächsten Tag dem Botschafter. Broich nahm es mit der Bemerkung entgegen: „Das genügt noch nicht, Sie sind zwar raus, aber so sieht es so aus, als ob es ein anderer gewesen sein könnte."

Saucken marschierte also wieder zu Peters, der sich jetzt sogar anbot, auf eigene Kosten nach Bonn zu fahren, um den Bundespräsidenten aufzuklären. Außerdem fand Peters sich bereit, einen Zusatz zu seiner Erklärung vom 21. August zu formulieren:

„Meine innere Erregung, die noch durch eine in dem gegebenen Augenblick vorliegende persönliche Verärgerung verstärkt war, hatte mich unglücklicherweise dazu verleitet, Herrn Dr. Beer gegenüber die Äußerung zu tun, ein höherer Beamter einer der beiden hiesigen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland (Uno-Botschaft und Generalkonsulat) habe von Herrn Dr. Beer in verletzender und beleidigender Form gesprochen. Ich vermag meinem Gewissen gegenüber diese Behauptung nicht aufrechtzuerhalten. Ich bedauere tief, diese Äußerung getan zu haben und ziehe sie hiermit in aller Form zurück."

Darüber hinaus schrieb Peters am 25. August einen Brief an Dr. Beer, in dem er den neuen Stand der Dinge darlegte und bekräftigte, daß Beer von keinem Beamten beleidigt worden sei. Abschließend schrieb Peters: „Ich sehe mich somit veranlaßt, Sie hiermit in aller Form um Entschuldigung zu bitten, und zwar dafür, daß ich unrichtige Vorstellungen bei Ihnen hervorgerufen habe, die beinahe noch einen völlig Unschuldigen in Verdacht gebracht haben. Ich bitte Sie herzlichst, mir zu verzeihen."

Bevor Peters sich allerdings zu diesem Canossa-Brief an Beer entschloß, hatte er Saucken erklärt: „Wenn ich das tue, vernichtet mich der Beer." In der Tat ist die berufliche und die gesellschaftliche Position des Dr. Peters in New York sehr ungesichert. Von einer scharf anti-kommunistischen Gruppe im Deutschen Presseclub zu New York wird Peters wegen seiner „schlappen Haltung" abgelehnt. Er wurde Anfang dieses Jahres nur als erster Vorsitzender wiedergewählt, weil sich auch Beer als Vorstandsmitglied zur Verfügung stellte.

Wenige Tage nachdem Botschafter Broich-Oppert die drei aufklärenden Schriften des Dr. Peters in den Händen hatte, fuhr er nach Bonn zurück, weil sein Auftrag in New York erledigt war. Er meldete sich sogleich beim Bundespräsidenten an und wurde am 5. September vorgelassen. Heuss war befriedigt und meinte: „Damit ist die Sache für mich erledigt."

Für etliche andere war die Sache freilich keineswegs erledigt. Als nämlich Generalkonsul Reifferscheidt den Dr. Beer über diese Erledigung telephonisch informierte, erklärte Beer unverblümt: „Peters steht unter Druck des Generalkonsulats, die Angelegenheit soll ja nur vertuscht werden. Ich werde alle Dinners absagen, zu denen Sie auch eingeladen sind".

Peters beschwerte sich in jenen Tagen allerdings noch nicht über einen Druck des deutschen Generalkonsulats, sondern

fühlte sich von Dr. Beer bedrängt. Hilfesuchend wandte er sich zunächst an den Konsul von Saucken: „Ich werde von Beers Trabanten verfolgt. Sie verlangen von mir, daß ich den Brief (an Dr. Beer) zurücknehme, und drohen, mich beruflich zu vernichten."

Am 9. September ging Peters in seiner Not zu Generalkonsul Reifferscheidt und bat um dessen Unterstützung. Er wiederholte diese Bitte in einem Brief vom 10. September:

„Sehr verehrter Herr Generalkonsul, wie ich Ihnen gestern mündlich berichtete, konnte ich dem Wunsche von Dr. Max Beer nicht nachkommen, meinen an ihn gerichteten, aufklärenden Entschuldigungsbrief vom 25. August zurückzunehmen. Ich muß nun aus diesem Grunde damit rechnen, daß mir nicht nur im Deutschen Presseclub, dessen erster Vorsitzender ich bin, sondern auch in der New Yorker Staats-Zeitung und Herold vielleicht die angedrohten Schwierigkeiten gemacht werden, durch welche die Existenz meiner Familie gefährdet werden könnte . . .

„Ich habe Ihnen gegenüber, Herr Generalkonsul, mein Unrecht . . . rückhaltlos zugegeben . . . Es ist wohl jedem Menschen schon einmal passiert, daß er Fehler beging . . . Unter diesen Umständen würde ich es als hart empfinden, wenn ich einer Vergeltung ausgesetzt würde, durch welche nicht nur ich selbst, sondern auch meine Familie ins Elend kommen könnte . . ."

Wenige Tage später kam die Angelegenheit dank einiger Andeutungen des Generalkonsuls Reifferscheidt gegenüber Journalisten in die Presse — als „Fall Saucken", obschon Dr. Peters bis dahin in seinen widerspruchsvollen Erklärungen noch immer keinen Namen genannt hatte.

Auf Anraten des AA-Ministerialdirektors Knappsfein, dem auch die Personalabteilung des Amtes untersteht, entschloß sich Außenminister von Brentano, den Völkerrechts-Referenten der Rechtsabteilung, den Professor Meyer-Lindenberg, zur Aufklärung nach New York zu schicken.

Erklärt Knappstein heute: „Da Beer keine Ruhe gab und immer von einem Druck des Konsulats auf Peters sprach, habe ich mir die Akten genau angesehen. Die Widerrufs-Erklärungen von Peters kamen mir sogleich spanisch vor und erinnerten mich an die Geständnisse aus den kommunistischen Schauprozessen."

Am 24. September kam der Rechtsprofessor in New York an. Schon bei der ersten Unterhaltung mit Peters fiel der föhnempfindliche Presseclubvorsitzende abermals um und erklärte, daß die umstrittene Äußerung doch gefallen sei. Peters nannte zwar noch immer keinen Namen, doch kam Professor Meyer-Lindenberg zu der Überzeugung, daß nur Konsul von Saucken den Beer so häßlich beschimpft haben könne.

Peters hatte ihm nämlich berichtet, daß Saucken und andere Mitglieder des Generalkonsulats auf ihn eine moralische Pression ausgeübt und verlangt hätten, er müsse seine Behauptungen zurücknehmen, weil Saucken sonst ruiniert würde.

Unter diesem Eindruck begann Meyer-Lindenberg die Vernehmung von Sauckens mit einer Verurteilung: „Alles deutet darauf hin, daß Sie die Äußerung getan haben, streiten Sie sie deshalb nicht einfach ab. Ich gebe Ihnen zweimal 24 Stunden Bedenkzeit und werde Ihre Aussage dann zu Protokoll nehmen."

Am Abend dieses Tages rief Peters noch einmal bei Saucken an. Er erzählte, daß Meyer-Lindenberg ihn ermuntert habe, getrost die Wahrheit zu sagen, das Auswärtige Amt würde keine schwerwiegenden Folgerungen ziehen. Saucken antwortete unverbindlich und legte auf; Meyer-Lindenberg hatte ihm den Kontakt mit dem Zeugen untersagt.

Bei der zweiten Vernehmung Sauckens konnte Meyer-Lindenberg dann ein zweites Geständnis von Dr. Peters vorweisen. In diesem Schriftstück erklärt Peters, seine Differenzen mit Beer seien dadurch ausgelöst worden, daß er den Namen des Beamten nicht nennen wollte. Er habe das bisher nicht getan, weil er die Bundesrepublik und einen Menschen habe schonen wollen. Nachdem aber der Beauftragte des Auswärtigen Amtes gesagt habe, daß es ihm nur auf die Erforschung der Wahrheit ankomme, wolle er im Interesse der Bundesrepublik jetzt den Namen von Saucken nennen.

Botschafter von Walther
Nach Rio abgedrängt

Saucken habe an jenem heißen Tage im August nach vielen und schweren Cocktails die diskriminierende Bemerkung gemacht, an die er sich wahrscheinlich nicht mehr erinnere. Saucken habe gesagt: „Warum haben Sie sich nicht in der Walther-Sache an mich oder Brentano gewandt, warum an diesen dreckigen Juden Beer?" Er, Peters, habe geantwortet: „Ich habe mich nicht an den Mann Beer gewandt, sondern an die Macht der ‚Neuen Zürcher Zeitung'."

Der Konsul von Saucken versicherte jedoch unbeirrt, daß er die Bemerkung nicht gemacht habe. Seine Empörung über den abermaligen Umfall des Dr. Peters entlockte ihm allerdings eine Bemerkung, die recht eigenartig klingt. Sagte Saucken zu Professor Meyer-Lindenberg: „Sie können doch nicht zulassen, daß ich auf dem Altar Judas geopfert werde."

Meyer-Lindenberg reiste nach Deutschland zurück und berichtete dem Außenminister, daß von Saucken sicher kein Antisemit sei — was auch in der Tat kaum anzunehmen ist: Während des Krieges hatte sich Saucken als Konsul in Tsingtau um viele jüdische Familien verdient gemacht, weshalb er nach dem Kriege schon zu einer Zeit, da noch kein Luftschutzwart ein Visum erhielt, in die USA einreisen durfte.

Aber, berichtete der Professor weiter, nach seiner Überzeugung habe Saucken jenseits jeden begründeten Zweifels die Worte gesprochen, die ihm zur Last gelegt wurden. Heinrich von Brentano entschied, daß der inzwischen suspendierte und nach Bonn beorderte Konsul von Saucken im Interesse des Ansehens der Bundesrepublik fristlos zu entlassen sei. Die Nachricht von dieser Entscheidung durfte Saucken der Presse entnehmen.

Ob die „klaren und eindeutigen" Bekundungen des zweimal umgefallenen Hauptzeugen Peters, der sich — nimmt man wie das AA seine letzte Version für wahr — erboten hatte, den Bundespräsidenten zugunsten Sauckens anzulügen, für eine fristlose Entlassung hinreichen, darüber wird nun das Arbeitsgericht Bonn zu befinden haben.

PRESSERECHT

Lex Soraya für jedermann

„Jeder gute Untertan zeige Mängel des öffentlichen Wesens der Obrigkeit an, mache aber davon kein Geräusch im Publikum"

Aus dem preußischen Allgemeinen Landrecht 1794.

Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" dürften frühestens im Jahre 1991 publiziert werden — wenn es schon 1921, als der Stuttgarter Verlag Cotta sie ungekürzt herausbrachte, nach den Wünschen des Bundesjustizministers Schäffer gegangen wäre.

Auch auf Hitlers „Tischgespräche" hätte die Öffentlichkeit bis zum Jahre 1995 warten müssen. Denn beide Bücher enthalten „vertrauliche Aufzeichnungen persönlicher Art", die, sofern ihre Verfasser gestorben sind, Schäffer bis 50 Jahre nach deren Tod vor Indiskretionen schützen will.

Bismarcks Memoiren, in denen ebenso intime wie blamable Briefe des letzten Deutschen Kaisers an den ersten Reichskanzler stehen — Bismarck: „... möchte ehrerbietig anheimgeben, sie ohne Aufschub zu verbrennen" —, würde Schäffers Schutzarm vor dem Publikum nur dann nicht bewahren können, wenn alle Kaiser- und Kanzlerenkel der Demaskierung Wilhelms II. zustimmten. Hitlers entlarvende Tafelmonologe könnte nur des Führers Schwester Paula freigeben.

Solche Erschwernisse für Historiker und Publizisten, die zeitgeschichtliche Zusammenhänge aufzuklären suchen, finden sich gehäuft in einer Gesetzesnovelle, mit der Justizminister Schäffer das Bürgerliche Gesetzbuch vervollkommnen möchte. In diesem Gesetzeswerk, das jede Privatperson vor „Beeinträchtigungen in ihrer Persönlichkeit" durch jede andere Privatperson sichern soll, wird der Versuch unternommen, Geschmack und Takt zu kodifizieren. Was dabei herausgekommen ist: Paragraphen, die den Publizisten die Arbeit unangemessen erschweren.

Es ist sicher, daß die verfassungsrechtlich verbürgte Kontroll- und Informationsfreiheit der Presse diesem Gesetzentwurf erliegen müßte, sollte er je bis zur Gesetzesreife gedeihen. Ebenso sicher aber